

Partizipation und Abstinenz

Tab. 19: Logistische Regression der Parteiidentifikation und des politischen Interesses auf die Wahlteilnahme (R und Pseudo-R²)

Unabhängige Variable	R
Parteiidentifikation	0.11 **
Politisches Interesse	0.33 **
Pseudo-R ²	0.19
Pseudo-R ² (angepasst)	0.18

wird aber seit den 70er Jahren auch zunehmend auf negative Entscheidungsgründe hingewiesen. Eine Wahlentscheidung wird demnach nicht nur durch die Affinität zu einer Partei, sondern auch durch die Ablehnung anderer Parteien beeinflusst. Dieser Ansatz ist unter dem Begriff der «*Hostility*»-Hypothese bekannt.⁴¹⁶

Wessels hat den Versuch unternommen, unter Einbezug von Verbänden die Hostility-Hypothese im bundesdeutschen Kontext zu überprüfen, wobei er den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Orientierungen gegenüber Parteien und Verbänden in der tripartiten Konfliktstruktur Wirtschaft-Arbeit-Umwelt empirisch untersucht hat. Die Ergebnisse bestätigen dabei für Westdeutschland (nicht für Ostdeutschland), «dass die Wahrnehmung einer den eigenen Interessen entgegenstehenden Partei zu einer höheren Wahlmotivation führt als eine lediglich positive Affinität zu einer Partei. Das gilt, wenn Interessengegensätze sowohl in der sozioökonomischen Konfliktlinie als auch im Bereich des Industrialismuskonflikts betrachtet werden. Die These, dass auch wahrgenommene Interessengegensätze im Verbändesystem die Wahlbeteiligungsbereitschaft verstärken, liess sich jedoch nicht bestätigen ... Die Wahlentscheidung ist noch stärker als die Wahlbeteiligung mit beeinflusst durch negative Referenzen auf Parteien und mit ihnen koalierenden Verbänden.»⁴¹⁷ Eine statistischer Nachweis der Hostilitäts-

⁴¹⁶ Vgl. Wessel 1994: 116 ff. Wessel unterscheidet dabei drei graduelle Abstufungen: die «simple» Hostility-These, die These möglicher parteipolitischer Differenzbildung und die These von komplexen Deutungsschemata. In der simplen Hostility-These gehen positive Parteiidentifikationen und negative Parteiidentifikationen Hand in Hand (Maggiotto/Pierson 1977), während in der These möglicher parteipolitischer Differenzbildung eine positive Parteiidentifikation nicht notgedrungen mit negativen Assoziationen zu anderen Parteien und umgekehrt verbunden sein muss (Crewe 1976).

⁴¹⁷ Wessels 1994: 148.